



Prof. Dr. Jan-Peter Warnke

Fraktionsloses Mitglied des Europäischen
Parlaments (MdEP)

Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und
soziale Angelegenheiten

jan-peter.warnke@europarl.europa.eu

<https://jan-peter-warnke.eu/>



Grußwort 25 Jahre ver.di am 19.03.2026

- es gilt das gesprochene bzw. aufgenommene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer der ver.di,

25 Jahre vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – das ist ein Vierteljahrhundert Engagement für
Gerechtigkeit, für gute Arbeit und für die Würde der Beschäftigten in unserem Land. Dazu
gratuliere ich euch herzlich.

Als Mitglied des Europäischen Parlamentes für das Bündnis Sahra Wagenknecht möchte ich
klar sagen: Gewerkschaften wie ver.di sind wichtig, wichtig nicht nur als Interessenvertretung,
wichtig auch als Gegengewicht zu wirtschaftlicher Macht. Sie sind Stimme derjenigen, die
tagtäglich den Laden am Laufen halten.

Wir erleben eine Zeit der großen Herausforderungen: Deregulierung, Privatisierung,
Lohndumping, wachsende soziale Ungleichheit. Viele dieser Entwicklungen haben den Druck
auf Beschäftigte erhöht – gerade im Dienstleistungssektor, wo Arbeitsbedingungen oft
besonders schwierig sind. Viele Menschen kommen trotz harter Arbeit kaum über die Runden.
Die Armut nimmt zu, während die Reichsten immer reicher werden.

Die Wirtschaft ist angesichts hoher Energiepreise und unzureichender Investitionen weiter auf
Talfahrt, Industrieunternehmen wandern ab und der Zustand unserer Infrastruktur ist eine
Schande.

Es herrscht die Sprache des Krieges und der Aufrüstung statt der Diplomatie. Endlose Summen
werden für Waffen verpulvert, statt genügend Geld in die marode öffentliche Infrastruktur, gute
Schulen, bezahlbaren Wohnraum und ins Gesundheitssystem zu stecken. Das ist doch der
völlig falsche Weg: Wir müssen unser Land wieder funktions-, und nicht kriegstüchtig machen.

Die Regierung Merz ist auf dem Holzweg, wenn sie die Axt an den Sozialstaat anlegt, um ein
Aufrüstungsprogramm historischen Ausmaßes zu finanzieren.

Wir vom BSW wollen die Hochrüstung verhindern und eine Umkehr zu einer sozialen
Verteilungspolitik durchsetzen: höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, hoher
Einkommen und finanzstarker Unternehmen sowie Stärkung des Sozialstaats insgesamt. Eine
starke Tarifbindung, einen handlungsfähigen Staat und Investitionen in öffentliche Infrastruktur.
Respekt für die Arbeit von Millionen Beschäftigten.

Dazu brauchen wir eine starke Friedensbewegung und starke Gewerkschaften, vor allem aber
deren Zusammenwirken.

Ich wünsche uns Mut, Missstände klar zu benennen, und viel Kraft im Kampf um eine friedliche,
soziale und gerechte Gesellschaft.

Solidarität! Glück auf!